

Herrn Bundeskanzler Werner Faymann
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1014 Wien

Wien am 18. März 2010

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Mit Blick auf den Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 25. und 26. März 2010 fordern Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe und CONCORD, der europäische Dachverband von über 1600 Nichtregierungsorganisationen für Entwicklung aus ganz Europa, die österreichische Bundesregierung auf, sich für eine starke und ambitionierte EU-Position für die Einführung international koordinierter Steuermechanismen einzusetzen. Diese Steuermechanismen sollen dazu geeignet sein, den Folgen der Finanzkrise sowie den dringenden Herausforderungen in den Bereichen Entwicklung und Klima wirkungsvoll zu begegnen.

Wir begrüßen die gegenwärtige internationale Debatte über eine Besteuerung von Finanztransaktionen. Es ist erfreulich, dass die jüngsten Aussagen von europäischen Minister/innen und Staats- und Regierungschef/innen die „Leading Group on Innovative Finance“ dazu veranlasst haben, eine Task Force zur Besteuerung von Finanztransaktionen für Entwicklung einzurichten. Zudem wird nunmehr ein Bericht über die Besteuerung des Finanzsektors durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) erstellt, der Vorschläge unterbreiten wird, wie der Finanzsektor seinen Beitrag zur Bewältigung der Folgen der Krise leisten kann. Mittlerweile wurde auch, wie in der Übereinkunft von Kopenhagen („Copenhagen Accord“) vorgesehen, eine „High Level Advisory Group on Climate Change Financing“ von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon bestellt.

Wir sind der Überzeugung, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten das gegenwärtige wirtschaftliche und politische Klima dazu nutzen sollten, Mechanismen zur Besteuerung von Finanztransaktionen zu beschließen. Aufbauend auf der Aufforderung des Europäischen Rates im Dezember 2009 an den IWF, „bei seiner Überprüfung die gesamte Bandbreite von Optionen einschließlich [---] einer globalen Steuer auf Finanztransaktionen in Betracht zu ziehen“ und in Übereinstimmung mit der Resolution des Europäischen Parlaments „Steuern auf Finanzgeschäfte – praktische Umsetzung“ vom 10. März 2010 würde eine solche Maßnahme effektiv zu mehr globaler Gerechtigkeit und zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele beitragen.

Jetzt ist der entscheidende Zeitpunkt dafür, die globale soziale und ökonomische Entwicklung in die gewünschte Richtung zu lenken. Von der Europäischen Union als globaler Vorreiterin im Bereich nachhaltiger Entwicklung erfordert dies aber entschlossenes und konsequentes Handeln.

Die AG Globale Verantwortung und CONCORD fordern Sie daher auf,

- Ihren Beitrag dazu zu leisten, dass die G20 eine globale Finanztransaktionssteuer unterstützen,
- zu gewährleisten, dass eine solche Steuer planbare zusätzliche Mittel für die Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und von globalen öffentlichen Gütern wie Klimaschutz, Ernährungssicherheit, soziale Gerechtigkeit und Verringerung der Armut – mobilisiert. Der Großteil der Einnahmen sollte in Entwicklungsländern verwendet werden,

- sicherzustellen, dass über die genaue Verteilung der Einnahmen im Rahmen eines demokratischen Prozesses unter einer legitimierten internationalen Institution wie der UNO entschieden wird.

Als ein absolutes Minimum sollte die EU eine Devisentransaktionssteuer für alle weltweiten Transaktionen mit europäischen Währungen (wie Euro und Pfund) einführen. Die Machbarkeit einer solchen Steuer ist seit langem erwiesen.

Wir möchten an dieser Stelle hervorheben, dass neue innovative Mechanismen für die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit die EU und ihre Mitgliedstaaten nicht von ihren bestehenden Verpflichtungen befreit: dem 0,7% EZA-Ziel bis 2015; dem Schuldenerlass; dem Korrigieren der ungleichen und unverhältnismäßigen Finanzflüsse von Süd nach Nord, sowie der Sicherstellung, dass die globalen Handelsregelungen Entwicklungszielen und Armutsreduktion nicht zuwider laufen.

Die Entscheidungen, welche die politischen Entscheidungsträger/innen Europas in den kommenden Monaten treffen, werden Konsequenzen für Menschen in der ganzen Welt haben – jetzt und in der Zukunft. Wir fordern Sie daher auf, eine Botschaft an die internationale Gemeinschaft – insbesondere an die Entwicklungsländer – zu senden, die zeigt, dass den Versprechungen und Verpflichtungen der EU Taten und Ergebnisse folgen. Dieses Signal würde auch andere Länder – seien es Industrie-, Schwellen- oder Entwicklungsländer – dazu ermutigen, ebenfalls entschlossen und ambitioniert zu handeln.

Mit freundlichen Grüßen,



Ruth Picker
Geschäftsführerin
Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

Kopie an: Josef Pröll, Vizekanzler und Finanzminister
Michael Spindelegger, Minister für europäische und internationale Angelegenheiten